

# Glyphosat-Einsatz mit Auflagen

## Abgeordnete wollen Zulassung des Pflanzenschutzmittels beschränken

VON DETLEF DREWES

**BRÜSSEL.** Die Europa-Abgeordneten haben in dieser Frage zwar nichts zu sagen. Dennoch versuchten sie es am Mittwoch, um den immer heftiger werdenden Streit um das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat zu entschärfen: „Die Kommission und die Mitgliedstaaten dürfen das Votum nicht ignorieren“, appellierte der Agrarexperte der Grünen-Europa-Fraktion, Martin Häusling, nach dem Beschluss.

Es wäre wohl ein Teilsieg. Wenn die Abstimmung denn zählen würde. Denn das ist das Problem: Das Votum der Volksvertreter ist rechtlich nicht bindend. Trotzdem forderten sie einen Kompromiss:

Statt wie von der Kommission vorgeschlagen für weitere 15 Jahre solle die Genehmigung für das Herbizid nur für sieben Jahre erlassen werden, forderten die Volksvertreter.

Außerdem müsse der private Gebrauch verboten und die Nutzung für Landwirte auf die sogenannten Vorernte-Anwendungen begrenzt werden.

Damit ist die Anwendung an Getreide auf Teilflächen gemeint, auf denen – so das Bundeslandwirtschaftsministerium – „aufgrund von Unkrautdurchwuchs eine Ernte sonst nicht möglich“ wäre. Bisher erlauben die deutschen Vorschriften außerdem „maximal zwei Behandlungen im Abstand von mindestens 90 Tagen“, bei denen höchstens 3,6

Kilogramm des Wirkstoffes pro Hektar und Jahr versprüht werden dürfen. Schätzungen zufolge werden rund 40 Prozent der deutschen Ackerflächen mit dem Pflanzenschutzmittel besprüht.

Glyphosat wird schon seit 1974 angewendet, doch am Jahresende lief eine Genehmigung für die Nutzung in den EU-Mitgliedstaaten aus. Daraufhin folgte ein heftiger Streit um Gutachten.

Das deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das bei dem EU-Verfahren die Federführung innehat, vertritt die Auffassung, dass Glyphosat „bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung keine Gefahren für Mensch und Tier“ berge. Die

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Parma/Italien unterstützt die Position.

Ganz anders urteilte jedoch die Internationale Krebsforschungsbehörde IARC, die zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehört. Deren Experten betonten ausdrücklich, dass es Risiken gebe.

Die Gegner erhielten zusätzliche Munition für ihren Kampf gegen Glyphosat durch einen Verbrauchertest, der vor einigen Wochen in Deutschland bekannt wurde: Demnach enthielt ein Großteil der getesteten Biersorten Rückstände des Wirkstoffes. Um an die Verantwortung der Europa-Abgeordneten zu appellieren, verschickten Geg-

ner in den vergangenen Tagen Teströhrchen für Urinproben mit der Aufforderung sich an der Untersuchung zu beteiligen, die von einem deutschen Labor wissenschaftlich korrekt und diskret ausgewertet würden. Angeblich stellten sich 20 Volksvertreter dem Test, wohl auch mit der Absicht, die Kommission mit dem Ergebnis unter Druck zu setzen.

Teströhrchen bekamen auch Kommissionschef Jean-Claude Juncker, sein Vize Frans Timmermans sowie Landwirtschaftskommissar Phil Hogan und sein Kollege vom Gesundheitsressort Vytenis Andriukaitis. Ob sich die Herren beteiligten, wollte die Kommission allerdings nicht mitteilen.